

Liebe Genossen und Genossinnen,

Inzwischen hat die **SPD Landeslinke** sich fest etabliert. Nach den Neuwahlen im September haben wir drei inhaltliche Plena angeboten und die drei Kernthemen für 2005/2006 aufgegriffen: Beschäftigungspolitik/ Hartz IV, Bildungspolitik/ Bildungsfinanzierung und in der letzten Woche schließlich Soziale Stadt/ Quartiersmanagement. In allen Fällen ging es um einen ersten Auftakt zum Thema; die weitere Diskussion innerhalb der Landeslinken – und möglichst in den Kreisen und Abteilungen – soll dann über drei entsprechende thematische Arbeitsgruppen organisiert und begleitet werden. Zu allen drei Themenbereichen wird es gesonderte **Landesparteitage im Jahr 2005** geben: 9.04.2005 „Stadt des Wissens“/ Bildung; 18.06.2005 Soziale Stadt (inkl. Integration, Bezirke und Wehrpflicht); Herbst 2005 Wirtschaftspolitischer LPT.

Der nächste Schritt ist die Vorbereitung des kommenden Landesparteitags, zu der wir mit diesem Newsletter einladen (**Vorbesprechung der linken LPT-Delegierten** am Freitag, 3.12.2004 um 17 Uhr im Abgeordnetenhaus, Raum 304). Einen kurzen Ausblick auf den LPT findet Ihr in diesem Newsletter.

Das **Thema Wehrpflicht** wurde auf dem letzten Plenum kurz angerissen und auf die Diskussion im Frühjahr 2005 verwiesen. Die entsprechenden Anträge zum LPT wurden

ebenso im Hinblick auf eine Arbeitsgruppe unter Leitung von MdB Swen Schulz (Mitglied im Ko-Kreis der Berliner Linken) vertagt. Die Beschlussfassung der Berliner SPD erfolgt auf dem LPT im Juni 2006. Die Berliner Linke wird hierzu im Frühjahr ein Plenum organisieren.

Weitere Themen für das erste Halbjahr 2005 werden die seriöse Themenaufbereitung und Positionierung zur Frage **Werteunterricht/ LER** sowie zur **Programmdebatte** sein.

Nach wie vor gilt: die BL ist im Aufbau begriffen und ihr Erfolg wird auch davon abhängen, ob die Aktiven in den Kreisen und Abteilungen mit- und zuarbeiten. Also bitte: wenn Du Genossen und Genossinnen kennst, die Interesse an der Landeslinken haben könnten, dann schick' uns eine eMail (kontakt@spd-linke.de). Und immer daran denken: die Arbeit kostet nicht nur (ehrenamtliche) Arbeit, sondern auch Geld. Unsere beliebte „**Revolutionssteuer**“ (15,- € bzw. 10,- € für Arbeitslose/ RenterInnen/ StudentInnen pro Jahr) bitte an: M. Rackles/ Berliner Linke, Konto-Nr. 620 190 710, BLZ 10050000, Berliner Sparkasse.

Auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit und
Mit solidarischen Grüßen

Mark Rackles
Für den SprecherInnenrat

INHALT

▪ Vorwort	SprecherInnenrat	Seite 1
▪ Bericht vom Plenum 22.10.	Christina Lindenberg	Seite 2
▪ Vorschau LPT 4.12.04	Mark Rackles	Seite 3
▪ Wohnungsbaugesellschaften	Peter Senftleben	Seite 4
▪ Initiativantrag Aufsichtsräte	Berliner Linke	Seite 5
▪ Wehrpflichtdebatte	MdB Swen Schulz	Seite 8
▪ Bankgesellschaft	MdA Frank Zimmermann	Seite 6
▪ Arbeitsplanung GLV/ LV	Marc Schulte	Seite 10
▪ LPT-Vorbesprechung!	Berliner Linke	Seite 10
▪ Kontakt/ Impressum	Berliner Linke	Seite 11

BL-Plenum

Bildungsfinanzierung

Von Christina Lindenberg*

**) Mitglied im
SprecherInnenrat
der BL und Mitglied
im SPD-
Landesvorstand.
Abt.-Vorsitzende in
Treptow-Köpenick*

Am 22.10.2004 tagte das BL-Plenum zum Thema Bildungsfinanzierung. In seinem Impulsreferat gibt Peter Schuster als Sprecher die **Grundsätze** des Diskussionspapiers des Fachausschusses Stadt des Wissens wieder:

- Bildung bleibt öffentliche Aufgabe
- Die Finanzierung des Erstabschlusses soll über Steuern erfolgen
- Privatschulen werden mit öffentlichen Geldern finanziert, wenn sie den allgemeinen Rahmenplänen entsprechen und allgemein zugänglich sind
- Es sollen keine Kita gebühren erhoben werden. - das Vorschuljahr ist noch in dieser Legislaturperiode kostenfrei zu stellen
- Lehr- und Lernmittelfreiheit soll gewährleistet bleiben
- Berufliche Ausbildung sollte über Abgabe finanziert werden
- Im Hochschulbereich differieren die Auffassungen von Jusos und FA: FA tritt für Studienkonten ein, die Jusos befürworten die Gebührenfreiheit des Erststudiums
- Das 3-Körbe- Modell soll der Finanzierung dienen (z.B. Streichung Eigenheimzulage,..)
- Weiterbildung wird nicht staatlich finanziert, trotzdem sollen das nachholen der Schulabschlüsse (2. Chance), die politische Bildung und Volkshochschulen kostenlos sein
- Besoldung der Pädagogen soll das Leistungsbewusstsein schärfen.

Der als Referent geladene Bildungsexperte MdB **Ernst-Dieter Rossmann** ergänzte aus Bundessicht, betonte ebenfalls den Charakter von Bildung als öffentlichem Gut und schlug u.a. vor, sich auf Länderangelegenheiten zu konzentrieren: z.B. Kita-Bereich, Hochschulbereich (die Finanzierung nicht nur an der Exzellenz zu messen), eine gute Lehre für alle und Sicherung der Ausgestaltung des Weiterbildungsbereichs.

In der **Diskussion** wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass zwischen Bildungspolitik und Bildungsfinanzierung unbedingt zu unterscheiden ist. Es wurde auch diskutiert, ob eine Prioritätensetzung in Zeiten knapper Kassen erfolgen sollte. Allerdings müssen wir uns davor hüten, dass die einzelnen Bildungsgruppen gegeneinander ausgespielt werden.

Monika Buttgerit stellt fest, dass die Bildungsfinanzierung sehr wohl auch mit Bildungspolitik zu tun hat und meint, dass Bildung öffentliches Gut ist bis zum Abschluss der Erstausbildung. Marc Schulte regt an, dass die linken MdA's darüber nachdenken müssen, was kurz-, mittel- und langfristig machbar ist unter haushaltspolitischen Gesichtspunkten, welche Ressourcen existieren. Außerdem sieht er die Bildung eng mit der Kultur verknüpft. Peter S. äußert sich zur Idee, die durch Verkürzung der Abi-Zeit frei werdenden Mittel für andere Bildungsabschnitte einzusetzen und macht darauf aufmerksam, dass die Mittelstufe teurer wird

Einige GenossInnen verweisen auf die Bedeutung der beruflichen Bildung,. Sie sehen die Chance dort mehr Geld hineinzubekommen, denn die Verlagerung hin zu mehr schulischer Ausbildung ist für die öffentliche Hand sehr teuer.

Es zeigte sich, dass auch bei Links noch viel Diskussionsbedarf besteht! Die gebildete AG Bildungsfinanzierung hat noch viel zu tun! Ebenso ist es aber notwendig, **Handlungsstrategien** für den Landesparteitag 2005 zu erarbeiten:

1. Grundsätze festlegen
2. keine Instrumentendebatte aufzwingen lassen
3. Es kann nicht sein, dass die Beschlusslagen an die Tagespolitik angepasst werden, sondern eher umgekehrt.
4. Entwickeln von Visionen, wie eingespartes Geld als Bildungsinvestitionen verwendet werden kann
5. Die einzelnen Bildungsbereiche von der Kita bis zur abgeschlossenen Erstausbildung incl. Studium werden nicht gegeneinander aufgerechnet, sondern als ganzheitlicher Prozess begriffen.
6. Priorität: Was ist kurz-, mittel- und langfristig umzusetzen?

Hinweis: Es handelt sich um eine gekürzte Fassung des Berichts. Den vollständigen Bericht findest Du auf der Website der BL unter www.spd-linke.de

Vorschau auf den SPD-Landesparteitag

Von Mark Rackles*

**) Sprecher der BL und Mitglied im SPD-Landesvorstand. Kreisvorsitzender in Friedrichshain-Kreuzberg*

Letztlich zählt nur die Schaffung neuer Arbeitsplätze

Man könnte sich vor dem Hintergrund der letzten Wochen und Monate zwar fragen, welche Bindewirkung Parteitagsbeschlüsse (Sarrazin: BVG/ Wohnungsbau; Wowereit/ Müller/ Fugmann-Heesing: Studiengebühren; Böger: Religionsunterricht) aktuell noch haben, aber als gnadenlos optimistisch und inhaltlich geprägte Menschen haben Parteitage noch immer ihren Reiz. Mit den **Eckpunkten sozialdemokratischer Beschäftigungspolitik** soll sich der Landesparteitag (LPT) am 4. Dezember beschäftigen, auch wenn der ursprüngliche Arbeitstitel „Hartz IV“ und der aktuelle innovationsgetränkte Titel dies nur bedingt zu erkennen geben. Aus Sicht der Landeslinken erscheint es wenige Wochen vor Umsetzungsbeginn von Hartz-IV dringlicher denn je, sich auf Berliner Eckpunkte einer Beschäftigungspolitik zu verständigen, die neben dem nach wie vor im Vordergrund stehenden „Fordern“-Element der Agenda2010 und der Hartz-Reformen auch das „Fördern“-Element sichtbar werden lassen. Es ist ein von uns regelmässig wiederholter Glaubenssatz, dass wir vorrangig kein Vermittlungs- und/oder Motivationsproblem haben, sondern vorrangig neue Arbeitsplätze benötigen. Dies hat die Berliner Linke mit dem „Berliner Appell“ bereits 2003 erfolgreich auf dem Landesparteitag mit großer Mehrheit festgehalten. Und auch das Positionspapier unseres September-Plenums zu Hartz IV hat dies erneut – zusammen mit konstruktiven Reformvorschlägen – aufgegriffen.

Eine vom stellvertretenden Landesvorsitzenden Christian Hanke (zugleich Sprecher des sog. „Britzer-Kreises“) geleitete Arbeitsgruppe sollte die Debatte frühzeitig aufgreifen und in Form eines Leitantrags zum LPT vorlegen. Erwartet werden durften Vorschläge bzw. Positionen zu den wichtigsten Themenkomplexen wie Beschäftigungsfelder von HartzIV-Jobs, Abgrenzung erster und zweiter Arbeitsmarkt, Bedeutung und Bedarf eines zweiten Arbeitsmarktes, Mindestlohn bzw. „working poor“, Art und

**Pankow:
ungeeignete
Beratungsgrundlage!**

Umfang von beschäftigungspolitischen Landesprogrammen etc. Geliefert wurden dann aber – so spät, dass weder der Landesvorstand noch die große Mehrheit der Kreisdelegiertenversammlungen die Vorlage im Rahmen der Antragsfrist inhaltlich beraten konnten – aber eher vage Ausführungen. Die KDV Pankow beschloss, die Vorlage als zur Beratung ungeeignet an den Landesvorstand zurück zu überweisen. Die Antragskommission – wo die Berliner Linke unter Vorsitz von Monika Buttgerit die Mehrheit hat, machte es sich etwas schwerer und kürzte und ergänzte den Antrag weitgehend. Er umfasst jetzt **vier Kapitel**: I) Allgemeine Ausführungen zu Hartz IV; II) Sieben Eckpunkte einer Beschäftigungspolitik in Berlin; III) „Evaluationspunkte“ zu Hartz IV (Fortschreibung bisheriger Kritikpunkte) und IV) Ergänzende beschäftigungspolitische Maßnahmen, die vorrangig auf die Bundesebene zielen.

Britz scheiterte mit der Übernahme seiner Anträge (Nr. 12/II/04 und 15/II/04); die Berliner Linke konnte die wesentlichen Teile ihrer Anträge (u.a. Friedrichshain-Kreuzberg Nr. 27/II/04 sowie Charlottenburg-Wilmersdorf Nr. 29/II/04) integrieren.

**Sonstige
Antragslage**

Erwähnenswerte Anträge, die auf dem LPT zur Einzelabstimmung anstehen, sind aus meiner Sicht noch:

Bezug Beschäftigungspolitik (Antragsbuch Teil I):

- Vorlage eines Ausbildungsplatzsicherungsgesetzes (Nr. 11/II/04 -)
- Aufhebung der Ost-/West-Differenzierung bei pauschalierten Regelleistungen beim Arbeitslosengeld II und beim Sozialgeld (Nr. 21/II/04)
- Gesetzlicher Mindestlohn (Nr. 24/II/04)

Sonstige Anträge (Antragsbuch Teil II):

- Erhalt und Kontrolle städtische Wohnungsbauunternehmen (Nr. 31/II/04)
- Fristverlängerung für Kita-Eigenbetriebe (Nr. 44/II/04)
- Unterstützung Türkei-Beitritt zur EU (Nr. 50/II/04)
- Verzicht auf geplante Senkung des Spitzensteuersatzes (Nr. 60/II/04)

Ach ja, nicht zu vergessen: auch Tilo (nein, nicht der!), Maxi und Schnute kommen nicht zu kurz ... aber das müsst Ihr Euch selber anlesen (Antrag Nr. 96/II/04).

Hinweis: Das aktuelle Antragsbuch zum LPT am 4.12. 2004 (Teil I und II) findet sich unter <http://www.spd-berlin.de>

Zukunft der städtischen Wohnungsbaugesellschaften Von Peter Senftleben*

**) Mitglied im
SprecherInnenrat
der BL und Mitglied
im Landesvorstand.
Kreisvorsitzender
Reinickendorf.
Stadtrat.*

Die Vorgänge um die Neuberufung eines Vorstandsmitgliedes der städtischen Wohnungsbaugesellschaft **Gesobau** haben die SPD-Reinickendorf veranlasst, das Thema auf die „Tagesordnung“ zu setzen.

Zwar ist die Beschlusslage der Berliner SPD eindeutig, dass in dieser Legislaturperiode Verkäufe nicht stattfinden werden, nicht entschieden ist jedoch die Frage, ob diese Beschlusslage auch für die Jahre ab 2007 gilt.

Orientiert man sich an den kürzlichen Aussagen unseres Genossen Thilo Sarrazin, ist die Richtung klar: **Weitere Verkäufe** sind nach seiner Auffassung angesagt! Nimmt man das Beispiel Gesobau, so ist festzustellen, dass diese Richtung sich klar in der aktuellen Unternehmenspolitik niederschlägt. Alle Zeichen deuten darauf hin, dass die Gesobau „verkaufsfähig“ gemacht werden soll.

Nach meiner Einschätzung halten durchaus wesentliche Teile der Berliner SPD Wohnungsbaugesellschaften im Landeseigentum für notwendig. Daraus folgt für mich, dass das Land Berlin die **politische Kontrolle** über die die Geschäftspolitik bestimmenden und diese kontrollierenden Gremien nicht aufgibt. Diese Kontrolle muss im Sinne einer sozialdemokratischen Wohnungspolitik wieder sehr viel stärker ausgeübt werden, als dies bisher erkennbar der Fall war. Dies heißt auch, dass die Besetzung z. B. der Aufsichtsräte deutlich unter diesem Gesichtspunkt erfolgen muss.

Hinweis: vgl. Antrag Reinickendorf zum Thema im aktuellen Antragsbuch zum LPT am 4.12. 2004; <http://www.spd-berlin.de>. Siehe auch Initiativantrag der Berliner Linken zum Thema Aufsichtsräte.

Initiativantrag zum Thema Aufsichtsräte

„Der Landesparteitag möge beschließen:

Die politische Verantwortung für die landeseigenen Unternehmen stärken.

*Der Initiativantrag wird über die Kreise der Berliner Linken eingebracht werden.
Ansprechpartner:
Peter Senftleben
(Reinickendorf) und
Alexander Götz
(Pankow)*

Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus wird aufgefordert, eine Gesetzesvorlage in das Abgeordnetenhaus einzubringen, wonach die Vertreterinnen und Vertreter des Landes Berlins in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, an denen das Land Berlin beteiligt ist, auf Vorschlag des Senats vom Abgeordnetenhaus gewählt werden. Die Zuständigkeit der Senatverwaltung für Finanzen für die Verwaltung der Beteiligungen bleibt davon unberührt.“

Begründung

Die von den landeseigenen Unternehmen wahrgenommenen Aufgaben haben eine zentrale Bedeutung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Berlins. Dies gilt insbesondere für ihre Funktionen im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge. Aus diesem Grund sowie mit Blick auf den erheblichen Anteil an der öffentlichen Tätigkeit ist eine Verstärkung der politischen Verantwortung im Sinne des Eigentümers, des Landes Berlins, erforderlich. Als direkt gewählte Volksvertretung kommt diese Aufgabe dem Abgeordnetenhaus zu. Es soll daher künftig die Aufsichtsräte sowie die sonstigen Vertreterinnen und Vertreter des

Landes auf Vorschlag des Senats wählen. Die Zuständigkeit der Senatsverwaltung für Finanzen, eine effektive Beteiligungsverwaltung zu gewährleisten, bleibt davon unberührt.

Mit einer solchen Änderung der geltenden Gesetzeslage beschritte Berlin keineswegs Neuland. Vielmehr würde es die erprobten Standards und Routinen der kommunalrechtlichen Bestimmungen in den Flächenländern übernehmen. So weisen die dortigen Gemeindeordnungen den politischen Vertretungskörperschaften eine wesentliche Beteiligung oder sogar die alleinige Entscheidungsgewalt bei der Bestellung von Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinden in ihren Unternehmen zu (Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen als Beispiele).

Einer Übertragung dieser Regelungen auf Berlin steht der Doppelcharakter der Hauptstadt als Land und Kommune nicht entgegen. Schließlich sind Gegenstand und Geschäft der öffentlichen Unternehmen in Berlin eindeutig kommunal geprägt. Sie dienen im wesentlichen der Erfüllung von Aufgaben der städtischen Daseinsvorsorge. Eine verbindliche Beteiligung des Abgeordnetenhauses an der Bestellung von Aufsichts- und Kontrollgremien würde somit die parlamentarischen Rechte in einem Kernbereich des öffentlichen Handelns stärken. Zugleich wäre dies ein wichtiger Beitrag zu mehr Transparenz und Legitimation der wirtschaftlichen Betätigung durch Land und Kommune.

Wehrpflichtigen- oder Freiwilligen-Armee?

Von MdB Swen Schulz*

**) Mitglied im Ko-Kreis der BL und Mitglied im Landesvorstand. Kreisvorsitzender Spandau. Leiter der AG Zukunft der Wehrpflicht beim LV der SPD Berlin.*

Der Parteivorstand hat die innerparteiliche Diskussion über die **Zukunft der Wehrverfassung** mit einer Fachtagung am 13. November im Willy-Brandt-Haus offiziell eröffnet. Bislang ist Position von Partei und Regierung, an der Wehrpflicht festzuhalten. Doch der grüne Koalitionspartner und zunehmende gesellschaftliche sowie innerparteiliche Diskussionen haben dafür gesorgt, dass eine Überprüfung dieser Position vorgenommen wird. Im Herbst 2005 soll auf dem Bundesparteitag eine Entscheidung fallen, wie die SPD künftig zur Wehrpflicht steht.

Auch die Berliner SPD sollte sich dazu eine Meinung bilden – vor dem Bundesparteitag. Ich bin vom Landesvorstand beauftragt, die Diskussion zu organisieren. Im Frühjahr 2005 werden wir ein Gesprächsangebot an die Parteigliederungen machen, um dieses wichtige gesellschaftspolitische Thema neu zu behandeln und um vor der Sommerpause auf dem Landesparteitag kompetent eine Positionierung vorzunehmen.

**Fachtagung im WBH
als Auftakt**

Die Fachtagung des Parteivorstandes war vom Niveau der inhaltlichen Debatte her ein guter Auftakt. Allerdings hatte es im Vorfeld Unmut über die Organisation gegeben, weil die Einladungspraxis fast wie eine geheime Kommandosache gehandhabt wurde. Vier Teilnehmer/innen je Landes- bzw. Bezirksverband und einige Leute qua Amt oder als externe Fachleute wurden eingeladen. Trotz der Restriktionen und großem Bedacht auf Ausgewogenheit mutmaßten Wehrpflichtbefürworter im

Vorfeld der Tagung öffentlich, dass einzelne Landesverbände bewusst nur Gegner der Wehrpflicht entsenden und somit das Stimmungsbild manipulieren würden. Berlin jedenfalls kann nicht gemeint gewesen sein – und die Debatte war dann auch ausgewogen.

Die **Hauptargumente** lassen sich wie folgt zusammenfassen: Die Befürworter der Wehrpflicht mit Bundesverteidigungsminister Peter Struck und dem künftigen Wehrbeauftragten Reinhold Robbe an der Spitze machten deutlich, dass es trotz geänderter Sicherheitslage weiterhin die Notwendigkeit einer Bundeswehr mit hochqualifizierten Soldaten gebe. Dies sei jedoch nur mit der Wehrpflicht optimal sicherzustellen, weil auf diesem Weg ausreichend viele junge Männer zur Bundeswehr stoßen, aus denen dann ausgewählt werden kann. Mit der Wehrpflicht sei auch die Verbindung von Bundeswehr und Gesellschaft garantiert. Die Erfahrungen unserer Partner mit der reinen Berufsarmee seien insgesamt schlecht – und teuer bezahlt.

Kritiker der Wehrpflicht machten geltend, dass es keine sicherheitspolitische Notwendigkeit für die Wehrpflicht mehr gebe, weil keine territoriale Bedrohung durch eine Massenarmee mehr vorhanden sei. Der massive Eingriff in die individuellen Freiheitsrechte durch die Wehrpflicht sei darum nicht mehr zu legitimieren, zumal Rekrutierung und gesellschaftliche Anbindung auf anderen Wegen und auch kostengünstig realisierbar seien. Im Übrigen spreche die fehlende Dienstgerechtigkeit gegen die Wehrpflicht: nur 15% der Wehrpflichtigen gehe tatsächlich zur Bundeswehr. In dieser Richtung argumentierten Bundesfamilienministerin Renate Schmidt und die stellvertretende Parteivorsitzende Ute Vogt.

Der Zivildienst, da waren sich alle einig, kann die Wehrpflicht nicht legitimieren. Und auch im Hinblick auf eine allgemeine Dienstpflicht für Männer und Frauen herrschte Konsens: verfassungsfeindlicher, teurer und Frauen gegenüber ungerechter geht es wohl kaum.

Es wurden aber nicht nur die mehr oder minder bekannten Grundsatzpositionen ausgetauscht. Gernot Erler, stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion, und Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, haben **differenzierte Positionen** dargestellt. Sie machten deutlich, dass die Wehrpflicht sinnvoll ist, gute Erfahrungen vorliegen, aber nicht unbedingt sein muss.

**Parteirechte
eindeutig für Erhalt
Wehrpflicht**

Wenn ich es richtig sehe ist die Parteirechte ziemlich eindeutig für die Wehrpflicht positioniert. Die Linke tut sich da schwerer – und das kann man ihr hoch anrechnen. Pazifistische und staatskritische Positionen gegen die Wehrpflicht haben hier ebenso Tradition haben wie die Abwehr der Berufsarmee als potentielle Bedrohung für Demokratie und Frieden. Vor einigen Jahren hatten wir das Thema schon einmal auf dem Landesparteitag. Damals entschied sich eine Mehrheit von nur einer Stimme (!) für die Wehrpflicht. Ich bin gespannt auf die Debatte in den nächsten Monaten, zu der ich alle Genossinnen und Genossen herzlich einlade.

Hinweis: Ein Positionspapier der Wehrpflicht-GegnerInnen, das auch von Swen Schulz unterzeichnet worden ist (neben Andrea Nahles, Björn Böhning u.a.), findet sich auf der BL-Website <http://www.spd-linke.de>

Bankgesellschaft: Abschluss der Beweisaufnahme

Von MdA Frank Zimmermann*

**) Mitglied im Abgeordnetenhaus und ein Sprecher der PL. Mitglied im SprecherInnenrat BL. Vorsitzender Untersuchungsausschusses Bankgesellschaft. Mitglied SPD Tempelhof-Schöneberg.*

Der Untersuchungsausschuss Bankgesellschaft biegt in die Zielgerade ein. Der letzte große Untersuchungskomplex betrifft die Aufsichtsräte im Konzern. Danach werden noch einzelne Sachverhalte wie etwa die Wasserstadt Oberhavel behandelt. Alle anderen wesentlichen Sachverhaltskomplexe sind abgeschlossen. Ziel ist es, im Januar die Beweisaufnahme zu beenden und den **Untersuchungsbericht im Februar** den Fraktionen vorzulegen.

Unterdessen geht auch strafrechtliche Verfolgung voran. Die Staatsanwaltschaft hat weitere Anklagen erhoben. Diese richten sich gegen Hauptverantwortliche der Bankenmisere wie den ehemaligen Chef der Berliner Bank, Wolfgang Steinriede, den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Bankgesellschaft, Wolfgang Rupf, den Immobilienmanager Manfred Schoeps und den damaligen Immobilienbeauftragten des Konzerns Klaus-Rüdiger Landowsky. Die Landesbank-Vorstände Ulf-Wilhelm Decken und Jochem Zeelen sowie die Aubis-Manager Wienhold und Neuling stehen bereits seit dem Frühjahr vor Gericht. Damit müssen sich demnächst acht zentrale Figuren des Skandals – neben weiteren Bankmanagern - vor Gericht verantworten, vorausgesetzt die Strafkammer lässt die Hauptverhandlung gegen die genannten Beschuldigten zu.

Die Belastung aus der Risikoabschirmung ist konnte bisher gering gehalten werden. Voraussichtlich wird in diesem Jahr „nur“ ein kleiner zweistelliger Millionenbetrag fällig. Allerdings ist für die Folgejahre mit höheren Summen zu rechnen. Die Kontrolleure des Senats entwickeln mit den zuständigen Mitarbeitern der Bank spezielle Risikomodelle für die einzelnen Fondsgesellschaften, um die künftigen Belastungen des Haushalts so gering wie möglich zu halten. Einen Teilerfolg gibt es auch beim Schadenersatz. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO muss nach einem Vergleich immerhin 12 Mio. € zahlen. Weitere **Schadenersatzverfahren** laufen noch.

Gegenwärtig werden Bank und BCIA, die Controlling-Gesellschaft des Landes, zunehmend mit Prospekthaftungsansprüchen von Fondszeichnern beschäftigt. Dabei ist ein sensibler Umgang mit den Risiken angezeigt. Die BCIA hat den Auftrag, sowohl die Inanspruchnahme der Garantieleistungen als auch die Haftung aus etwaigen Prospektfehlern abzuwehren, soweit dies rechtlich möglich ist. In welchem Umfang das Land tatsächlich haften muss, hängt von der speziellen Situation in den jeweiligen Fondsgesellschaften ab und ist derzeit nicht absehbar.

Arbeitsplanung des Landesvorstands 2005

Von Marc Schulte*

**) Mitglied im SprecherInnenrat der BL; stellv. Landesvorsitzender; Fraktionsvorsitzender SPD Charlottenburg-Wilmersdorf*

Bildung, Soziale Stadt, Arbeitsmarktpolitik – mit diesem Dreiklang soll das Profil der Berliner SPD als sozial gerechte Hauptstadtpartei im Vorwahljahr 2005 gestärkt werden. Wir wollen damit auch deutlich machen, dass sich ein Wahlkampf nicht alleine auf Personen konzentrieren darf. Auch in der Berliner SPD muss es verstärkt um die Wahrnehmung von klaren Zielen und Perspektiven der Landespolitik gehen.

Drei thematischen Landesparteitage bilden somit das Gerüst der Planung für 2005. Auf dem ersten Landesparteitag am 9. April wird die **Bildungsfinanzierung** im Mittelpunkt stehen. Natürlich wird auch eine Bilanz der bisherigen Bildungspolitik zu ziehen sein, aber die inhaltliche Grundlage wurde von der Berliner SPD bereits am 7. April 2001 durch den damaligen bildungspolitischen Leitantrag gelegt. Diesen gilt es zu überprüfen und zu aktualisieren. Als Berliner Linke müssen wir uns den Bestrebungen entgegenstellen, die Bildung nicht mehr als öffentliches Gut begreifen. Private können gerne mithelfen, Bildung zu finanzieren, aber bitte nur indirekt mit Hilfe einer gerechteren Steuerpolitik! Hier zeigt sich auch der enge Zusammenhang mit der Diskussion über das neue Grundsatzprogramm.

Am 18. Juni steht neben der Vorbereitung des Bundesparteitages die Frage **Soziale Stadt** auf der Tagesordnung des Landesparteitages. Die Anträge, die für diesen Termin vorbereitet werden, zeigen bereits jetzt die Vielfalt des Themas: Aufgabenstellung und Organisation der Bezirke, Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, Integration, Quartiersmanagement und Wohnen. Der Landesvorstand steht hier vor der umfangreichen Aufgabe, über die in der Diskussion aufbrandenden Konflikte die gemeinsamen Linien nicht völlig zu verwässern. Deswegen wird es verschiedene Fachkonferenzen und Vorbereitungsgruppen geben, die hier im ersten Halbjahr die inhaltlichen Grundlagen strukturieren.

Der Landesparteitag im Herbst (wahrscheinlich am 25.9. oder 1.10., ggf. am 26.11) schließlich wird schon vom Wahlkampf geprägt sein und soll die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Kompetenz der SPD unterstreichen. Die Verknüpfung von Forschung, Wissenschaft und **Wirtschaft** bleibt dabei ein wichtiger Kernpunkt. Natürlich wird aber auch eine erste Evaluation der erfolgten Umstellung im Bereich der **Arbeitsmarktpolitik** durch Hartz IV erfolgen müssen.

Das politische Jahr 2005 wird natürlich auch geprägt werden von den Gedenkfeiern anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus. Hier sollten wir gerade angesichts der Erfolge der Rechtsextremen in Sachsen und Brandenburg auch als Berliner SPD ansetzen. Die Gedenkstättenfahrt ist dabei nur ein Baustein.

Wir sollten den Jahrestag auch dazu nutzen, den demokratischen Neubeginn in Berlin und den Beitrag der damaligen SPD in einem angemessenen Rahmen zu würdigen. Denn der Blick in die Geschichte birgt manchmal spannende Vergleiche: Vor knapp 60 Jahren beschloss eine rot-rote Koalition (damals zusammen mit den Liberalen(!)) in Berlin ein

fortschrittliches Schulgesetz - mit dem Ziel der Einführung einer zwölfjährigen Einheitsschule in Berlin.

Termin: Linke LPT-Vorbesprechung

**Wichtiger Termin-
Hinweis!**

Die linken LPT-Delegierten und Ersatzdelegierten treffen sich zur Vorbesprechung am

**Freitag, 3. Dezember 2004
Um 17 Uhr
Im Abgeordnetenhaus Berlin
Raum 304**

Bitte gebt den Termin an interessierte LPT-Delegierte Eures Kreises/ Eurer Abteilung weiter!

Kontakt/ Impressum

Die Berliner Linke organisiert die Linke in der SPD Berlin. Sie betreibt die Website <http://www.spd-linke.de>. Dort finden sich u.a. auch Ausführungen zum Selbstverständnis sowie Material zu aktuellen Debatten und zu den bisherigen Veranstaltungen und Veröffentlichungen. eMail-Anfragen, Terminhinweise u.ä. bitte an kontakt@spd-linke.de

Die Berliner Linke wird vom Koordinationskreis geleitet, dem alle linken Mitglieder des SPD-Landesvorstandes sowie VertreterInnen aller Kreise und der Parlamentarischen Linken im Abgeordnetenhaus und Bundestag angehören.

Der SprecherInnenrat besteht aus:

- **Christina Lindenberg** (BVV Treptow-Köpenick; Landesvorstand), 0160 – 968 555 00
- **Mark Rackles** (Kreisvorsitzender Friedrichshain-Kreuzberg; Landesvorstand), 0179 – 684 32 57
- **Mechthild Rawert** (Landesvorsitzende AG der sozialdemokratischen Frauen; LV), 0178 – 859 14 20
- **Marc Schulte** (stellv. Landesvorsitzender) 0176 – 2408 7066
- **Peter Senfleben** (Kreisvorsitzender Reinickendorf; Landesvorstand), 0172 – 420 53 40
- **Frank Zimmermann** (MdA ; Parlamentarische Linke), 0170 – 549 00 34

Die namentlich gezeichneten Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber bzw. der Berliner Linken wieder.

Herausgeber: SprecherInnenrat (siehe oben). V.i.S.d.P.: M. Rackles ■
Knesebeckstr. 17 ■ 10623 Berlin